

Friedrich Engels

Politisches Vermächtnis



A. G. ...

INTERNATIONALE JUGENDBIBLIOTHEK

Nr. 12

Friedrich Engels

Politisches Vermächtnis

Aus unveröffentlichten Briefen



Mit einem Bild



Herausgegeben vom Exekutivkomitee
der Kommunistischen Jugendinternationale

Verlag der Jugendinternationale
In Kommission: Verlag Junge Garde, Berlin C 2, Stralauer Str. 12

Bibliothek
der Friedrich-Ebert-Stiftung

Alle Rechte vorbehalten.

1920.

Druck von Otto Mickeln, Berlin-Schöneberg, Kolonnenstr. 8-9.

9 8141 FES 24. 8. 75

Eng

Heimvolkshochschule
Bergneustadt

inventarisiert am _____
lfd. Nr. <u>222</u> Gr. _____

Einleitung.

Vor hundert Jahren wurde Friedrich Engels, der unermüdliche Vorkämpfer für den Sozialismus, geboren. Als geistiger Zwillingsbruder von Karl Marx verdient er es, im Andenken des internationalen Proletariats weiterzuleben, um weiter über dieses Verdienst hinaus der Nachwelt unverloren zu sein. Hat er doch nach dem Tode seines Freundes Waffen für den Klassenkampf des Proletariats bis an das Ende des eigenen Lebens geschmiedet, die noch heute sich scharf und schneidig erweisen, wenn sie von überzeugten Sozialisten richtig geführt werden. Bei der Beurteilung seiner kleineren Schriften aus der Zeit des Sozialistengesetzes muß vor allem berücksichtigt werden, daß sie die Blicke des Zensors passieren mußten und deshalb inhaltlich und stilistisch eine vorsichtigeren Fassung erfuhren, als der Autor sie bei freieren Gesetzen gewählt hätte. Solche Aeüßerlichkeiten haben in den Augen der Jetztzeit Friedrich Engels eine fast opportunistische Note verschafft. Ganz mit Unrecht jedoch, denn wer seine Briefe aus der damaligen Zeit nachliest, wird finden, daß er stets als Verfechter eines konsequenten Sozialismus auftrat, daß er in der Korrespondenz mit den führenden Genossen aller Länder die Taktik der internationalen Bruderparteien in diesem Sinne zu beeinflussen suchte, als Vertreter der Theorie des Klassenkampfes, der proletarischen Revolution, der Diktatur des Proletariats.

Es war eine nicht wieder gutzumachende Pflichtver-säumnis der führenden Kreise aller Länder, daß viele Brief-äußerungen der breiten Oeffentlichkeit unzugänglich gelassen wurden. In der Zeit des Weltkrieges und im Verlauf der daran schließenden Revolutionsperiode wären die der Allgemeinheit unbekanntes Sätze geeignet gewesen, bei vielen wichtigen Entschliefungen den sozialistischen Parteien als Leit-faden zu dienen, natürlich unter sinn-gemäßer Berücksichtigung ver-änderter politischer wie ökonomischer Verhältnisse. Auch jetzt noch sind diese Briefstellen wert, zur Kenntnis des revo-

lutionären Proletariats zu gelangen. Vielen Schwankenden und Irrenden werden sie Halt und Leitseil werden, der geistigen Elite der vom Kapitalismus geknechteten Welt aber werden sie die freudige Gewißheit bringen, daß sie sich auf dem rechten Wege befindet, auf dem schmalen, rauhen, doch geraden Pfade in die Zukunft der sozialistischen Gesellschaftsordnung.

Der Gründe, die veranlaßten, nicht den vollen Text der Briefe zu veröffentlichen, sind mehrere. Einmal würde der hohe Herstellungspreis einer vollständigen Textausgabe die Erstehungsmöglichkeit für die Arbeiterschaft ausschließen, zum anderen würden manche intimen Aeußerungen über Personen der Jetztzeit und der letzten Vergangenheit eine Bedeutung gewinnen, die ihnen zu verleihen Friedrich Engels durchaus nicht beabsichtigt hatte, und zum letzten ist der sachliche Inhalt doch allein das Entscheidende für die sozialistische Theorie und die Taktik im politischen Kampfe. Die angezogenen Stellen beschäftigen sich ihrer großen Mehrzahl nach mit deutschen Verhältnissen, ihre Gültigkeit für das internationale Proletariat wird nach Einsicht in das gebotene Material jedoch auch diesem einleuchten. — Zum leichteren Verständnis des Ganzen dienen die Erklärungen.

Wie man sehen wird, kehrt die Warnung vor dem Opportunismus, das Bekenntnis zur proletarischen Revolution immer wieder. Auch die Hinweise auf den Weltkrieg sind mehrfach vorhanden. Bei einem Vergleich von Friedrich Engels Anschauungen über die Taktik der deutschen Sozialdemokratie im Verlauf solchen Weltereignisses springt der Umstand klar in die Augen, wie die Epigonen des wissenschaftlichen Sozialismus trotz ihrer Kenntnis dieser Anschauungen unseres Altmeisters in der von ihnen eingeschlagenen Politik alle Direktiven verflachten, vergrößerten und ummodelten im Sinne nicht nur des Opportunismus, sondern im Sinne der vollkommenen Anpassung an das kapitalistisch-imperialistische Deutschland. **Denn die Sozialdemokratie mußte wissen, was Engels auch schon betonte: einen wirklich revolutionären Vorschlag führt keine junkerliche oder Bourgeoiseregierung durch, am wenigsten die preußische Militärkaste.** Die Führer der deutschen Sozialdemokratie legten damit Engels Niederschriften aus, wie der Teufel die Bibel. Dies für alle Zukunft festzunageln ist einer der Hauptgründe der Veröffentlichung dieser Erinnerungsschrift: **Friedrich Engels politisches Vermächtnis.**

Petrograd, im August 1920.

N. R.

Kurze Erklärung der Theorie Bakunins, die einem in Italien weilenden Genossen die Grundlage für die Gegenpropaganda in den dortigen Sektionen der Internationale geben soll.

24. Januar 1872.

... Ich gebe Ihnen kurz das Nötigste über die Bakuninschen Intriguen. Bakunin, der bis 1868 gegen die Internationale intriguiert hatte, trat dann, als er im Berner Friedenskongreß Fiasko gemacht, der Internationale bei und fing sofort an, **in ihr** gegen den Generalrat zu konspirieren. Bakunin hat eine aparte Theorie, ein Sammelsurium von Proudhonismus und Kommunismus, wobei fürs erste die Hauptsache ist, daß er nicht das Kapital, den durch die gesellschaftliche Entrechtung entstandenen Klassengegensatz von Kapitalisten und Lohnarbeitern, für das zu beseitigende Hauptziel ansieht, sondern den **Staat**. Während die große Masse der sozialdemokratischen Arbeiter mit uns der Ansicht sind, daß die Staatsmacht weiter nichts ist, als die Organisation, welche sich die betreffenden Klassen, Grundbesitzer und Kapitalisten, gegeben haben, meint Bakunin, der **Staat** habe das Kapital geschaffen, der Kapitalist habe sein Kapital **blös von der Gnade** des Staates. Da also der Staat das Hauptübel sei, so müsse man vor allem den Staat abschaffen, dann gehe das Kapital von selbst zum Teufel; während wir umgekehrt sagen: schafft das Kapital, die Aneignung der gesamten Produktionsmittel in den Händen weniger ab, so fällt der Staat von selbst. Der Unterschied ist ein wesentlicher: die Abschaffung des Staates ist ohne soziale Umwälzung ein Unsinn. Die Abschaffung des Kapitals ist eben die soziale Umwälzung und schließt eine Umwendung der ganzen Produktionsweise in sich. Nun aber, da für Bakunin der Staat das Grundübel ist, darf man nichts tun, das den Staat, d. h. irgend welchen Staat, Republik, Monarchie oder wie immer, am Leben erhalten kann. Daher also **vollständige Absentation von aller Politik**. Einen politischen Akt begehen, besonders aber an einer Wahl teilnehmen, wäre Verrat am Prinzip. Man soll Propaganda machen, auf den Staat schimpfen, sich organisieren, und wenn man **alle** Arbeiter auf seiner Seite hat, also die Mehrzahl, so setzt man alle Behörden ab, schafft den Staat ab und setzt an seine Stelle die Organisation der Internationalen. Dieser große Akt, womit das tausendjährige Reich anfängt, heißt die soziale Liquidation.

Alles dies klingt äußerst radikal und ist so einfach, daß man es in fünf Minuten auswendig lernen kann, und daher hat diese bakunistische Theorie auch in Italien und Spanien bei jungen Advokaten, Doktoren und anderen Doktrinären rasch Anklang gefunden. Die Masse der Arbeiter aber wird sich nie einreden lassen, daß die öffentlichen Angelegenheiten ihres Landes nicht zugleich ihre Angelegenheiten sind, sie sind von Natur **politisch** und wer ihnen vormacht, daß sie die Politik beiseite lassen sollen, den lassen sie schließlich stehen. Den Arbeitern Enthaltung von Politik unter allen Umständen predigen, heißt, sie den Pfaffen in die Arme treiben oder den Bourgeoisrepublikanern.

Da nun die Internationale nach Bakunin nicht für den politischen Kampf geschaffen sein soll, sondern damit sie bei der sozialen Liquidation sofort an die Stelle der alten Staatsorganisation treten kann, so muß sie dem bakunistischen Ideal der Zukunftsgesellschaft so nahe kommen wie möglich. In dieser Gesellschaft existiert vor allem keine **Autorität**, denn Autorität — Staat — absolut vom Uebel. (Wie die Leute eine Fabrik treiben, eine Eisenbahn befahren, ein Schiff leiten wollen, ohne einen in letzter Instanz entscheidenden Willen, ohne einheitliche Leitung, das sagen sie uns freilich nicht.) Auch die Autorität der Majorität über die Minorität hört auf. Jeder einzelne, jede Gemeinde, ist autonom. Wie aber eine Gesellschaft von nur zwei Menschen möglich ist ohne daß jeder von seiner Autonomie etwas aufgibt, das verschweigt Bakunin abermals.

Also die Internationale muß auch nach diesem Muster eingerichtet werden. Hier haben Sie in kurzem die Hauptpunkte des Schwindels.

Die Einigungsbestrebungen der Eisenacher mit den Lassalleanern werden einer Kritik unterzogen. E. erteilt hier Ratschläge, die später auf dem Gothaer Kongreß nicht befolgt wurden.

20. Juni 1873.

... Wenn man sich wie Sie, **gewissermaßen** in einer Konkurrenzstellung zum Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein befindet, so nimmt man leicht zu viel Rücksicht auf den Konkurrenten und gewöhnt sich in allem, zuerst an ihn zu denken. Nun ist aber sonst der Allgemeine Deutsche Arbeiterverein wie die sozialdemokratische Arbeiterpartei, beide zusammen, immer noch eine sehr kleine Minorität der deutschen Arbeiterklasse. Nach unserer Ansicht, die wir durch lange Praxis bestätigt gefunden haben, ist aber die richtige Taktik in der Propaganda nicht die, dem Gegner hier und da einzelne Leute

und Mitglieder abspenstig zu machen, sondern auf die große, noch teilnahmslose Masse zu wirken. Eine einzige neue Kraft, die man aus dem Rohen heraus selbst herangezogen hat, ist mehr wert als zehn lassallesche Ueberläufer, die immer den Ruin ihrer falschen Richtung mit in die Partei hineinbringen. Und wenn man die Massen nur bekommen könnte ohne die **Lokalführer**, so ginge das noch, so aber muß man immer einen ganzen Haufen von solchen Führern mit in den Kauf nehmen, die durch ihre früheren öffentlichen Aeußerungen, wenn nicht durch ihre bisherigen Anschauungen gebunden sind und nun vor allem nachweisen müssen, daß sie ihren Grundsätzen nicht abtrünnig geworden, daß vielmehr die sozialdemokratische Arbeiterpartei den **wahren Lassalleanismus** predigt. Das war das Pech in Eisenach, damals vielleicht nicht zu umgehen; aber geschadet haben diese Elemente der Partei unbedingt und ich weiß nicht, ob diese auch ohne jenen Zutritt nicht heute mindestens ebenso stark wäre. Jedenfalls aber würde ich es für ein Unglück halten, wenn diese Elemente Verstärkung erhielten.

Man muß sich durch das Geschrei nach „Einigung“ nicht beirren lassen. Die dies Wort am meisten im Munde führen, sind die größten Zwietrachtstifter, wie ja gerade jetzt die Schweizer Jurabakunisten, die Anstifter aller Spaltung, nach nichts mehr schreien als Einigung. Diese Einigungsfanatiker sind entweder beschränkte Köpfe, die alles in einen unbestimmten Brei zusammenrühren wollen, der sich blos zu setzen braucht, um die Unterschiede in weit schärferem Gegensatze wieder herzustellen, weil sie sich dann in einem Topf befinden (in Deutschland haben wir ein schönes Exempel an den Leuten, die die Versöhnung der Arbeiter und Kleinbürger predigen) oder aber Leute, die die Bewegung unbewußt oder bewußt verfälschen wollen. Deswegen sind die größten Sektierer und die größten Krakehler und Schurken in gewissen Momenten die lautesten Einigungsschreier. Mit niemandem haben wir in unserem Leben mehr Last und Tücke gehabt als mit den Einigungsschreiern.

Natürlich will jede Parteileitung Erfolge sehen, das ist auch ganz gut. Aber es gibt Umstände, wo man den Mut haben muß, den **augenblicklichen** Erfolg wichtigeren Dingen zu opfern. Namentlich bei einer Partei wie die unsrige, deren schließlicher Erfolg so absolut gewiß ist, und die zu unseren Lebzeiten und unter unseren Augen sich so kolossal entwickelt hat, braucht man den **augenblicklichen** Erfolg keineswegs immer und unbedingt. Jedenfalls glaube ich, daß die tüchtigen Elemente unter den Lassalleanern Ihnen mit der Zeit von selbst zufallen werden und daß es deshalb unklug wäre, die Frucht

vor der Reife zu brechen, wie die Einigungsleute wollen. Uebrigens hat schon der alte Hegel gesagt: Eine Partei bewährt sich dadurch als die siegende, daß sie sich spaltet und die Spaltung vertragen kann. Die Bewegung des Proletariats macht notwendig verschiedene Entwicklungsstufen durch, auf jeder Stufe bleibt ein Teil der Leute hängen und geht nicht weiter mit; daraus allein erklärt sich, weshalb die „Solidarität des Proletariats“ in der Wirklichkeit überall in verschiedenen Parteigruppierungen sich verwirklicht, die sich auf Tod und Leben befenden, wie die christlichen Sekten im römischen Reich unter den schlimmsten Verfolgungen . . .

Kritik des Gothaer Programms.

11. Oktober 1875.

. . . Das (Gothaer Einigungs-) Programm in seiner schließlichen Redaktion besteht aus drei Bestandteilen:

1. Den Lassalleschen Phrasen und Stichwörtern, die unter keiner Bedingung angenommen werden durften. Wenn zwei Fraktionen sich einigen, so setzt man ins Programm, worüber man einig, nicht das, was streitig ist. Indem unsere Leute dies dennoch zuließen, gingen sie freiwillig durchs caudische Joch.

2. Eine Reihe vulgärdemokratischer Forderungen, im Geist und im Stil der Volkspartei aufgesetzt.

3. Eine Anzahl kommunistisch sein sollender Sätze, die dem Manifest entlehnt, aber so umredigiert, daß sie bei Licht betrachtet samt und sonders haarsträubenden Blödsinn enthalten. Wenn man diese Sachen nicht versteht, so soll man die Finger davon lassen oder aber sie wörtlich abschreiben von denen, die zugegebenermaßen die Sache verstehen.

Warnung vor der Zustimmung zu Verstaatlichungen und Erklärung der ökonomischen Entwicklungstendenzen.

30. April 1878.

Es ist nicht zu vergessen, daß alle Uebertragung ökonomischer und kommerzieller Funktionen an den Staat heutzutage einen doppelten Sinn und doppelte Wirkung haben kann, je nach den Umständen: einen reaktionären, einen Rückschritt zum Mittelalter, und einen progressiven, einen Fortschritt zum Kommunismus. Wir sind aber in Deutschland erst eben aus dem Mittelalter herausgekommen und stehen erst in diesem Augenblick im Begriff, vermittelt der großen Industrie und

des Krachs in die moderne bürgerliche Gesellschaft einzutreten. Was bei uns der höchstmöglichen Entwicklung bedarf, ist gerade das **bürgerliche**, wirtschaftliche Regime, das die Kapitale konzentriert und die Gegensätze auf die Spitze treibt, namentlich im Nordosten. Die ökonomische Auflösung der feudalen Zustände östlich der Elbe ist nach meiner Ansicht für uns der notwendigste Fortschritt, daneben die Auflösung des Kleinbetriebs in der Industrie und dem Handwerk im ganzen Deutschland und ihre Ersetzung durch die große Industrie.

Warnung vor Konzessionen an das Bürgertum.
14. November 1879.

. . . Der Rechtsboden, auf dem eine lebende Partei sich bewegt, muß nicht nur selbst geschaffen, er muß auch jederzeit abänderbar sein . . . Eine Partei, der man die Möglichkeit abschneidet, bindende Beschlüsse zu fassen, hat ihre Gesetze nur in ihren lebendigen, stets wechselnden Bedürfnissen zu suchen. Will sie diese Bedürfnisse aber früheren Beschlüssen unterordnen, die jetzt starr und tot sind, so gräbt sie ihr eigenes Grab. Wozu das Hutabnehmen vor der „öffentlichen Meinung“, die in Deutschland stets die des Biertisches sein wird, wozu für die vollständige Verwischung des Klassencharakters der Bewegung? Wozu den Anarchisten diese Freude machen? Und dazu sind alle diese Konzessionen total nutzlos. Der deutsche Philister ist die inkorporierte Feigheit und respektiert nur den, der ihm Furcht einflößt. Wer sich aber liebes Kind bei ihm machen will, den hält er für seinesgleichen und respektiert ihn nicht mehr als seinesgleichen, nämlich gar nicht. Und jetzt, nachdem der Sturm der Bierphilisterentrüstung, genannt öffentliche Meinung, sich zugegebenermaßen wieder gelegt hat . . ., wozu noch diese Süßholzraspelei.

Warnung vor dem Opportunismus.
24. November 1879.

. . . Der Zutritt der Kleinbürger und Bauern ist zwar ein Kennzeichen des reißenden Fortschritts der Bewegung, aber auch eine Gefahr für sie, sobald man vergißt, daß diese Leute kommen müssen, aber auch kommen, weil sie müssen. Ihr Zutritt ist der Beweis, daß das Proletariat in Wirklichkeit die leitende Klasse geworden ist. Da sie aber mit kleinbürgerlichen und bäuerlichen Vorstellungen und Wünschen kommen,

so darf man nicht vergessen, daß das Proletariat seine leitende, geschichtliche Rolle sich verscherzen würde, wenn es diesen Vorstellungen und Wünschen Konzessionen machte.

Hinweis auf die Wirkungen eines Weltkrieges.
16. Dezember 1879.

. . . Die Weltgeschichte geht ihren Gang, unbekümmert um die Weisheits- und Mäßigkeitsphilister . . . Entweder stürzt der Absolutismus, und dann weht sofort, nach dem Sturz der großen Reserve der Reaktion (Rußland), ein anderer Wind durch Europa. Oder aber es gibt einen europäischen Krieg, und der begräbt auch die **jetzige** deutsche Partei unter dem unvermeidlichen Kampf eines jeden Volkes um die nationale Existenz. Solch ein Krieg wäre unser größtes Unglück, er könnte die Bewegung um 20 Jahre zurückwerfen. Aber die neue Partei, die daraus schließlich doch hervorgehen müßte, würde in allen europäischen Ländern frei sein von einer Masse Bedenklichkeiten und Kleinlichkeiten, die jetzt überall die Bewegung hemmen.

Erneute Warnung vor der Zustimmung zu Verstaatlichungen und Erklärung ihrer reaktionären Wirkungen.

16. Mai 1882.

[Ihr müßt euch klar machen] daß die . . . Verstaatlichung nur den Aktionären nützt, die ihre Aktien über den Wert verkaufen, uns aber gar nichts, weil wir mit den paar großen Kompagnien ebenso rasch fertig werden, wie mit dem Staat, falls wir diesen erst haben; daß die Aktiengesellschaften den Beweis bereits geleistet haben, wie sehr der Bourgeois als solcher überflüssig ist, indem die ganze Verwaltung von salerierten Beamten geleistet wird und die Verstaatlichung hierzu keinen neuen Beweisgrund hinzufügt.

Hinweis auf den wahrscheinlichen Verlauf der proletarischen Revolution.

28. Oktober 1882.

Den Artikel las ich ziemlich flüchtig . . . Sonst hätte ich an der Art, wie er sich die Revolution vorstellt, den französischen Einfluß . . . erkannt . . . Es ist die geträumte, endliche Verwirklichung der Phrase von der „einzigen reaktionären Masse“. Alle offiziellen Parteien vereinigt in einem

Klumpen hier, wir, die Sozialisten in Kolonne dort; große Entscheidungsschlacht, Sieg auf der ganzen Linie mit einem Schlag. So einfach machen sich die Dinge in der Wirklichkeit nicht. In der Wirklichkeit fängt umgekehrt die Revolution damit an, daß die große Mehrzahl des Volkes und auch der offiziellen Parteien gegen die, dadurch isolierte Regierung sich scharen und sie stürzen und erst nachdem diejenigen unter den offiziellen Parteien, die noch möglich geblieben, sich untereinander, aneinander und nacheinander zugrunde gearbeitet haben, erst dann kommt die große Scheidung des Volkes zustande und damit die Chance unserer Herrschaft. Wollten wir die Revolution gleich mit ihrem letzten Akt anfangen lassen, so ginge es uns erbärmlich schlecht.

Die Tendenzen der wirtschaftlichen Entwicklung in Deutschland.

11. Oktober 1884.

Im Ganzen bleibt die deutsche Industrie was sie war: sie macht die Artikel, die den Engländern zu kleinlich, den Franzosen zu ordinär sind, aber endlich auf großem Maßstab; ihre Lebensquellen bleiben 1. das Musterstehlen vom Ausland, 2. die Wegschenkung des eigentlichen Mehrwerts an den Käufer, wodurch allein sie konkurrenzfähig wird und die Herauspressung eines mißbräuchlichen Mehrwerts durch Druck auf den Arbeitslohn, wovon allein sie lebt. Dadurch aber wird der Kampf zwischen Arbeiter und Kapitalist zwar an einzelnen Stellen stagnant (wie der abnorme Arbeitslohn schon gewohnheitsmäßig), an den meisten aber akuter, weil der Druck sich immer steigert. Jedenfalls aber datiert von 1848 an eine industrielle Revolution in Deutschland, an die die Herren Bürger noch denken werden.

Das Recht auf Revolution und Warnung vor Konzessionen an das Bürgertum.

18. November 1884.

Das ganze liberale Philistertum hat einen solchen Respekt vor uns bekommen, daß es einstimmig schreit: Ja, wenn sie, die Sozialdemokraten sich auf den gesetzlichen Boden stellen wollen, die Revolution abschwören, dann sind wir dafür, daß das Sozialistengesetz sofort aufgehoben wird. Es ist also kein Zweifel, daß man die Zumutung im Reichstag machen wird. Die Antwort darauf, die man gibt, ist richtig. Eine zahme

Antwort würde den kolossalen Eindruck, den die Wahlen gemacht, sofort vernichten.

Meiner Ansicht nach liegt der Fall so:

Der bestehende politische Zustand in ganz Europa ist das Ergebnis von Revolutionen. Der Rechtsboden, das historische Recht, die Legitimität, ist überall tausendmal durchlöchert oder ganz umgestoßen worden. Es ist aber die Natur aller durch Revolutionen zur Herrschaft gekommenen Parteien, respektive Klassen, zu verlangen, daß nun aber auch der neue, durch die Revolution geschaffene Rechtsboden unbedingt anerkannt, heilig gehalten werde. Das Recht auf Revolution hat existiert — sonst wären ja die jetzt Herrschenden unberechtigt — aber es soll von nun an nicht mehr existieren.

In Deutschland beruht der bestehende Zustand auf der Revolution, die mit 1848 anfängt, mit 1866 abschloß. 1866 war eine vollständige Revolution. Wie Preußen nur durch Verrat und Krieg gegen das deutsche Reich, im Bund mit dem Ausland (1740, 1756, 1795) zu etwas geworden, so hat es das deutsch-preußische Reich nur zustande gebracht durch gewaltsamen Umsturz des Deutschen Bundes und Bürgerkrieg. Daß es behauptet, die anderen hätten den Bundesvertrag gebrochen, tut nichts zur Sache. Die anderen sagen das Gegenteil. Noch nie hat eine Revolution des Vorwandes der Gesetzlichkeit entbehrt. Wie 1870 Frankreich, wo König und Bourgeoisie, jeder recht zu haben behaupteten. Genug, es provozierte den Bürgerkrieg und damit die Revolution. Nach dem Sieg stürzte es **drei Throne „von Gottes Gnaden“** um und annektierte die Gebiete, nebst dem der exfreien Stadt Frankfurt. Wenn das nicht revolutionär war, so weiß ich nicht, was das Wort bedeutet. Damit nicht genug, konfiszierte es das Privateigentum der verjagten Fürsten. Daß das nicht gesetzlich, also revolutionär, gab es zu, indem es den Akt nachträglich von einer Versammlung gutheißen ließ — dem Reichstag —, der ebensowenig Recht hatte, über diese Fonds zu verfügen wie die Regierung. Das deutsch-preußische Reich, als Vollendung des durch 1866 gewaltsam geschaffenen Norddeutschen Bundes, ist durchaus revolutionärer Schöpfung. Ich beklage mich nicht darüber. Was ich den Leuten vorwerfe, die es gemacht haben, ist, daß sie nur armselige Revolutionäre waren, nicht viel weiter gingen, sogleich ganz Deutschland an Preußen annektierten. Aber wer mit Blut und Eisen operiert, Throne umstürzt, ganze Staaten verschluckt und Privateigentum konfisziert, der soll nicht andere Leute als Revolutionäre verdammen. Wenn die Partei nur das Recht behält, nicht mehr und minder revolutionär zu sein als die Reichsregierung gewesen, so hat sie alles, was sie braucht. Vor kurzem hieß es

offiziös: Die Reichsverfassung sei kein Vertrag der Fürsten mit dem Volk, sie sei nur einer zwischen den Fürsten und freien Städten, die ihn jederzeit durch einen anderen ersetzen könnten. Die Regierungsorgane, die dies lehrten, verlangen also für die Regierungen das Recht, **die Reichsverfassung um-zustoßen**. Man hat kein Ausnahmegesetz gegen sie gemacht, sie nicht verfolgt. Nun gut, mehr verlangen wir auch nicht für uns, im alleräußersten Fall, als was hier für die Regierungen verlangt wird . . .

Wie steht es mit den Parteien?

Die konservative hat den im März 1848 geschaffenen neuen Rechtsboden im November 1848 ohne Zaudern durchbrochen. Sie erkennt den konstitutionellen Zustand ohnehin nur als provisorisch an und würde jedem absolutistisch-feudalen Staatsstreich zjubeln. Die Liberalen aller Schattierungen haben an der Revolution von 1848—1866 mitgewirkt und würden sich auch heute nicht das Recht absprechen lassen, einem gewaltsamen Verfassungsumschwung mit Gewalt entgegenzutreten.

Das Zentrum erkennt über dem Staat die Kirche als höchste Macht, also eine Macht, die ihr gegebenen Falls die Revolution zur **Pflicht** machen kann.

Und das sind die Parteien, die von uns verlangen, **wir** sollen, **wir allein von allen**, erklären, daß wir **unter keinen Umständen** zur Gewalt greifen, uns jedem Druck, jeder Gewalttat unterwerfen wollen, nicht nur, sobald sie nur formell gesetzlich — nach dem Urteil unserer Gegner gesetzlich ist — sondern auch wenn sie direkt ungesetzlich?

Keine Partei hat je das Recht auf bewaffneten Widerstand, **unter gewissen Umständen**, verleugnet ohne zu lügen. Keine hat auf dies äußerste Recht je verzichten können.

Kommt es aber erst darauf an, die **Umstände** zu diskutieren, für die eine Partei sich das Recht vorbehält, so hat man gewonnenes Spiel. Das geht vom Hundersten ins Tausendste. Und namentlich eine rechtlos erklärte, also von oben herab auf die Revolution direkt angewiesene Partei. Solche Rechtloserklärung kann sich täglich wiederholen, wie sie schon einmal gekommen. Einer solchen Partei eine solche bedingungslose Erklärung abzuverlangen, ist rein widersinnig.

Uebrigens können die Herren ruhig sein. Wie die militärischen Verhältnisse jetzt liegen, schlagen wir nicht los, so lange noch eine bewaffnete Macht gegen uns ist. **Wir können warten, bis die bewaffnete Macht selbst aufhört, eine Macht gegen uns zu sein.** Jede frühere, selbst siegreiche Revolution brächte nicht **uns** an die Herrschaft, sondern die radikalste der Bourgeois respektive Kleinbürger.

Im Uebrigen haben die Wahlen gezeigt, daß wir von Nachgibigkeit nichts zu erwarten haben, d. h. von Konzessionen an unsere Gegner. Nur durch trotzigen Widerstand haben wir uns in Respekt gesetzt und sind eine Macht geworden. Nur die Macht wird respektiert, und nur so lange wir eine sind, respektiert uns der Philister. Wer ihm Konzessionen macht, den verachtet er, der ist schon keine Macht mehr. Man kann die eiserne Faust im sammetenen Handschuh fühlen lassen, aber fühlen lassen muß man sie. Das deutsche Proletariat ist eine mächtige Partei geworden, mögen seine Repräsentanten seiner würdig sein.

Erneute Warnung vor Konzessionen, Darstellung der Tendenzen der wirtschaftlichen Entwicklung in Deutschland (vom Agrarstaat zum Industriestaat). Darstellung der Rolle der „reinen“ Demokratie in der Revolution. — Sozialistische Agrarpolitik.

11. Dezember 1884.

... Ich will hoffen . . . , daß unsere „Gebildeten“ der Versuchung auf die Dauer widerstehen, den anderen Parteien zu beweisen, daß sie keine Menschenfresser sind.

Ueber unsere proletarischen Massen habe ich mich nie getäuscht. Dieser sichere, siegesgewisse und ebendeshalb heitere und humoristische Fortgang ihrer Bewegung ist musterhaft und unübertrefflich. Kein europäisches Proletariat hätte die Probe des Sozialistengesetzes so glänzend bestanden, und nach sechsjähriger Unterdrückung mit solchem Beweis von Machtzuwachs und Organisationsbefestigung geantwortet, keins diese Organisation so zustande gebracht, wie es geschehen, ohne allen Konspirationshumbug. Und seitdem ich die Wahlmanifeste . . . gesehen, ist auch meine Befürchtung geschwunden, es könnten in den neuen Plätzen Konzessionen nötig geworden sein . . . Wenn man . . . so echt revolutionär und proletarisch sprechen konnte, dann ist alles gewonnen.

Unser großer Vorteil ist, daß bei uns die industrielle Revolution erst in vollem Gange ist, während sie in Frankreich und England der Hauptsache nach abgeschlossen, daß sie sich nur noch langsam verändert. Die Leute wachsen, der großen Masse nach, in den Verhältnissen auf, in denen sie später zu leben haben; sind daran gewöhnt, selbst die Schwankungen und Krisen sind ihnen etwas Selbstverständliches geworden. Dazu die Erinnerungen an gescheiterte frühere Bewegungsversuche. Bei uns dagegen ist noch alles in vollem Fluß. Reste der alten, den Selbstbedarf befriedigenden industriellen Bauernproduktion werden verdrängt, verdrängt von kapita-

listischer Hausindustrie, während an anderen Orten der kapitalistische Hausbetrieb schon wieder den Maschinen erliegt. Und gerade die Natur unserer, ganz zuletzt nachhinkenden Industrie macht die Revolution um so gründlicher. Da die großen Massenartikel, sowohl Massen- wie Luxusbedarf, bereits von Engländern und Franzosen mit Beschlag belegt, bleibt für unsere Exportindustrie meist nur kleinliches Zeug, was aber doch auch in die Masse geht und zunächst durch Handbetrieb, erst später, wenn die Produktion lohnend ist, durch Maschinen hergestellt wird. Die Hausindustrie (Kapitalbetrieb) wird so in viel weitere Gebiete getragen und keimte um so gründlicher auf. Wenn ich ostelbisch Preußen, also Ost- und Westpreußen, Pommern, Posen und den größten Teil von Brandenburg ausnehme, ferner Altbayern, gibt es wenig Gegenden, wo der Bauer nicht mehr und mehr in die Hausindustrie gerissen wird. Das so industrielle revolutionierte Gebiet wird daher größer bei uns als irgend wo anders.

Ferner, da der hausindustrielle Arbeiter meist sein bischen Feldbau betreibt, entsteht die Möglichkeit, auf den Lohn in einer Weise zu drücken wie sonst nirgendwo. Was früher das Glück des kleinen Mannes war, Verbindung von Ackerbau und Industrie, wird jetzt stärkstes Mittel der kapitalistischen Ausbeutung. Das Kartoffelstück, die Kuh, das bischen Ackerbau erlaubt, die Arbeitskraft unter dem Preis zu verkaufen; es **zwingt** ihn dazu, weil es den Arbeiter an die Scholle fesselt, die ihn doch nur zum Teil ernährt. Daher wird bei uns die Industrie exportfähig dadurch, daß sie meist den ganzen Mehrwert dem Käufer schenkt, während der Profit des Kapitalisten aus einem Abzug am normalen Arbeitslohn besteht. Mehr oder weniger ist das der Fall bei aller ländlichen Hausindustrie, nirgends so sehr wie bei uns.

Dazu kommt, daß unsere durch die Revolution von 1848 mit ihren bürgerlichen Fortschritten (so schwach sie waren) in Gang gebrachte industrielle Umwälzung enorm beschleunigt wurde 1. durch die Beseitigung der inneren Hindernisse 1866 bis 1870 und 2. durch die französischen Milliarden, die schließlich kapitalistisch anzulegen waren. So haben wir es denn zu einer industriellen Umwälzung gebracht, die gründlicher und tiefer und räumlich ausgedehnter und umfassender ist, als die der anderen Länder, und das mit einem ganz frischen, intakten, nicht durch Niederlagen demoralisierten Proletariat und endlich — dank Marx — mit einer Einsicht in die Ursachen der ökonomischen und politischen Entwicklung für die Bedingungen der bevorstehenden Revolution, wie sie keine unser Vorgänger besaßen. Dafür sind wir auch **verpflichtet, zu siegen.**

Was die reine Demokratie und ihre Rolle in der Zukunft angeht, so bin ich der Ansicht, daß sie in Deutschland eine weit untergeordnetere Rolle spielt als in Ländern älterer und industrieller Entwicklung. Aber das verhindert nicht, daß sie im Moment der Revolution, als äußerste **bürgerliche** Partei, als welche sie sich ja schon in Frankfurt aufspielte, als letzter Rettungsanker der ganzen bürgerlichen selbst feudalen Wirtschaft momentan Bedeutung bekommen kann. In einem solchen Moment tritt die ganze reaktionäre Masse hinter sie und verstärkt sie: alles was reaktionär war, geberdet sich dann demokratisch. So verstärkte die gesamte feudal-bureaukratische Masse 1848 März bis September die Liberalen, um die revolutionären Massen niederzuhalten, und als dies gelungen, auch die Liberalen, wie natürlich, mit Fußritten wegzujagen. So herrschte 1848 Mai bis zur Dezemberwahl Bonapartes in Frankreich die reine republikanische Partei des National, die allerschärfste von allen, bloß durch die hinter ihr sich organisierende Gesamtreaktion. So ist es jeder Revolution gegangen: Die zahmste, überhaupt noch regierungsfähige Partei kommt mit ans Ruder, aber weil nur darin die Besiegten die letzte Möglichkeit der Rettung sehen. Nun ist nicht zu erwarten, daß wie im Moment der Krise bereits die Majorität der Wähler, also der Nation, hinter uns haben. Die ganze bürgerliche und der Rest der feudalen besitzenden Klasse, ein großer Teil des Kleinbürgertums, wie der Landbevölkerung scharft sich dann um die, die sich in der Phrase dann äußerst revolutionär geberdende äußerste bürgerliche Partei, und ich halte es für sehr möglich, daß sie in der provisorischen Regierung vertreten sein wird, ja selbst momentan deren Majorität bildet. Wie man dann, als Minorität, **nicht** zu handeln hat, hat die sozialdemokratische Minorität der Pariser Februarregierung 1848 gezeigt. Indeß ist dies letztere vor der Hand noch eine akademische Frage.

Nun kann die Sache in Deutschland allerdings anders verlaufen und zwar aus militärischen Gründen. Anstoß von außen kann, wie die Sachen jetzt liegen, kaum anders als von Rußland kommen. Kommt er nicht, geht der Anstoß von Deutschland aus, so kann die Revolution nur von der Armee ausgehen. Ein unbewaffnetes Volk gegen eine heutige Armee ist militärisch eine rein verschwindende Größe. In diesem Fall — wo unsere Reserve von 20 bis 25 Jahren, die nicht stimmt aber exerziert, in Aktion träte, könnte die reine Demokratie übersprungen werden. Diese Frage ist aber gegenwärtig ebenfalls noch akademisch, obgleich ich als sozusagen Repräsentant des großen Generalstabs der Partei verpflichtet bin, sie ins Auge zu fassen. Jedenfalls ist unser einziger Gegner am Tage der

Krise und am Tage nachher — die **um die reine Demokratie sich gruppierende Gesamtreaktion** und, das glaube ich, darf nicht aus den Augen verloren werden.

Wenn Anträge im Reichstag gestellt werden, so ist da einer, der nicht vergessen werden sollte. Die Staatsdomänen werden meist an Großpächter verpachtet, kleine Anteile an Bauern verkauft, deren Parzellen aber so klein, daß die neuen Bauern auf Tagelöhnerarbeit bei den großen Wirtschaften angewiesen sind. Zu verlangen wäre **Verpachtung großer ungeteilter Domänen an Genossenschaften von Ackerbauarbeitern zur gemeinsamen Bewirtschaftung**. Das Reich hat keine Domänen und so wird sich wohl ein Vorwand finden, so etwas als Antrag zu beseitigen. Aber ich glaube, daß dieser Feuerbrand unter die Ackerbautagelöhner geworfen werden muß, was bei den vielen staatssozialistischen Debatten geschehen kann. Damit und damit allein sind die Landarbeiter zu fassen: Das ist die beste Methode, sie darauf hinzuweisen, daß sie späterhin bestimmt sind, die großen Güter der jetzigen gnädigen Herren für gemeinschaftliche Rechnung zu bewirtschaften.

Sozialistische Agrarpolitik.

30. Dezember 1884.

Bei allen solchen Fragen, wo man auf kleinbürgerliche Vorurteile der Wähler Rücksicht nehmen will, ist meiner Ansicht nach der beste Weg zu sagen: Prinzipiell sind wir dagegen. Aber da ihr positive Vorschläge von uns verlangt und behauptet, diese Dinge kämen auch den Arbeitern zu gut, was wir bestreiten, soweit ein mehr als mikroskopischer Vorteil in Frage kommt — nun gut: stellt Arbeiter und Bourgeoisie auf gleichen Fuß. Für jede Million, die ihr direkt oder indirekt der Bourgeoisie aus dem Sack der Arbeiter schenkt, schenkt ihr eine Million den Arbeitern; ebenso bei Staatsvorschuß. Also etwa folgendes (nur beispielsweise und ohne mich an die Form zu kehren, die das für Deutschland speziell anzunehmen hätte, dazu kenne ich die bestehende Detailgesetzgebung zu wenig).

1. Bewilligung von Subventionen und Vorschüssen an Arbeitergenossenschaften, nicht nur nicht so sehr um neue Geschäfte zu gründen, . . . sondern namentlich,

a) um Domänen in Pacht zu nehmen und genossenschaftlich zu bewirtschaften (oder auch andere Landgüter),

b) um Fabriken, deren Eigentümer in Krisenzeit oder auch wegen Fallit den Betrieb einstellen, oder die sonst zum Ver-

kauf kommen, für eigene oder Staatsrechnung anzukaufen und genossenschaftlich zu betreiben und so den allmählichen Uebergang der gehemmten Produktion in genossenschaftliche einzuleiten.

2. Bevorzugung der Genossenschaften vor den Kapitalisten und deren Associationen bei allen öffentlichen Verdingungen, bei gleichen Bedingungen, also überhaupt im Prinzip möglichste Verdingung aller öffentlichen Arbeiten an Genossenschaften.

3. Hinwegräumung aller gesetzlichen Hindernisse und Erschwerungen, die den freien Gewerkschaften noch im Wege stehen, also vor allem Wiedereinsetzung der Arbeiterklasse in das gemeine Recht — so elend dies ist — durch Aufhebung des Sozialistengesetzes, das ja alle Fachvereine und Genossenschaften ruiniert.

4. Volle Freiheit für Fachvereine (trade unions) und deren Anerkennung als **juristische Personen** mit allen deren Rechten.

Wenn ihr das verlangt, so verlangt ihr nur gleiche Berücksichtigung für die Arbeiter wie für die Bourgeois und wenn die Schenkungen an Bourgeois die Industrie heben sollen, dann tun die an Arbeiter das noch viel mehr. **Ohne** solche Gegenleistung begreife ich ablosut nicht, wie eine sozialdemokratische Fraktion für so etwas stimmen könnte. Wenn ihr solche Forderungen ins Volk werft, so werden die Drängeleien wegen der Staatshilfe für die Industrie in Form von Schenkungen an Bourgeois auch bei den Wählern bald aufhören . . .

Das Revolutionslied verschiedener Epochen.

15. Mai 1885.

Die Marseillaise des Bauernkrieges war: Eine feste Burg ist unser Gott und so siegesbewußt auch Text und Melodie dieses Liedes sind, so wenig kann und braucht man es heute in diesem Sinne zu fassen . . . Von ausländischen kenne ich nur das schöne altdänische Lied vom Herrn Tidmann, das ich im Berliner Sozial-Demokrat 1865 übersetzt habe.

Chartistenlieder gabs allerlei, aber jetzt nicht mehr zu haben. Eins fing an:

Britannia's sons, thought slaves you be,
God your creator made you free
To all he life and freedom gave,
But never, never made a slave.

Weiter weiß ich nichts mehr. Alles das ist **verschollen**, übrigens war diese Poesie auch nicht viel wert.

1848 herrschten zwei Lieder nach derselben Melodie:

1. Schleswig-Holstein.
2. Das Heckerlied.

Hecker, hoch dein Name schalle
An dem ganzen deutschen Rhein.
Deine Großmut, ja Dein Auge
Flößen schon Vertrauen ein.
Hecker, der als deutscher Mann
Vor der Freiheit sterben kann.

Ich denke, das genügt. Dann die Variante:

Hecker, Struve, Blenker, Zitz und Blum,
Bring die deutsche Ferschte um!

Ueberhaupt ist die Poesie vergangener Revolutionen (die Marseillaise stets ausgenommen) für spätere Zeiten selten von revolutionärem Effekt, weil sie, um auf die Massen zu wirken, auch die Massenvorurteile der Zeit wiedergeben muß. Daher der religiöse Blödsinn selbst bei den Chartisten.

Warnung vor dem Opportunismus.

15. Juni 1885.

Der Krakehl in der deutschen Partei hat mich nicht überrascht. In einem Spießbürgerland wie Deutschland muß die Partei auch einen spießbürgerlichen „gebildeten“ rechten Flügel haben, den sie im entscheidenden Moment abschüttelt. Der Spießbürger-Sozialismus datiert von 1844 in Deutschland und ist schon im kommunistischen Manifest kritisiert. Er ist so unsterblich wie der deutsche Spießbürger selbst. So lange das Sozialistengesetz dauert, bin ich nicht dafür, daß **wir** die Spaltung provozieren, da die Waffen nicht gleich sind. Sollten aber die Herren die Spaltung selbst hervorrufen, indem sie den proletarischen Charakter der Partei unterdrücken und durch eine knotig-ästhetisch-sentimentale Philantropie ohne Kraft und Saft ersetzen wollen, so müssen wir's eben nehmen, wie es kommt.

Sozialistische Agrarpolitik.

20. Januar 1886.

. . . [Mein Vorschlag wegen der Produktionsgenossenschaften auf Domänen] war durchaus korrekt. Wir sollen nur **durchführbare** Vorschläge machen, wenn wir Positives vorschlagen. Aber durchführbar der **Sache** nach, einerlei ob die

bestehende Regierung es kann. Ich gehe noch weiter; wenn wir sozialistische, zum Sturz der kapitalistischen Produktion führende Maßregeln vorschlagen (wie diese), dann nur solche, die **sachlich praktisch**, aber für **diese Regierung unmöglich** sind. Denn diese Regierung verdirbt und versaut jede solche Maßregel, führt sie nur durch, um sie zu ruinieren. Diesen Vorschlag aber führt keine junkerliche oder Bourgeoisregierung durch. Dem Landproletariat der Ostprovinzen den Weg zeigen, es selbst auf den Weg stellen, auf dem es die Junker- und Pächterausbeutung vernichten kann — gerade die Bevölkerung in die Bewegung zu ziehen, deren Verknechtung und Verdummung die Regimenter liefert, auf denen das ganze Preußen beruht, kurz Preußen von innen, an der Wurzel kaput machen, das fällt ihnen nicht ein. Es ist dies eine Maßregel, die wir unter allen Umständen poussieren müssen, so lange das große Grundeigentum dort besteht, und die wir selbst durchführen müssen, sobald wir ans Ruder kommen: Die Uebertragung — pachtweise zunächst — der großen Güter an selbstwirtschaftende Genossenschaften unter Staatsleitung und so daß der Staat Eigentümer des Bodens bleibt. Die Maßregel hat aber den großen Vorteil, daß sie praktisch durchführbar ist, der Sache nach, aber daß keine Partei außer nur sie in Angriff nehmen, also auch keine Partei sie verfumfeien kann, Und damit allein ist Preußen kaput und je früher wir sie popularisieren, desto besser für uns.

Die Sache hat weder mit Sch.-Delitzsch noch mit Lassalle zu tun. Beide proponierten kleine Genossenschaften, der eine mit, der andere ohne Staatshilfe, aber bei beiden sollten die Genossenschaften nicht in den Besitz **schon bestehender** Produktionsmittel kommen, sondern **neben** der bestehenden kapitalistischen Produktion eine neue genossenschaftliche herstellen. Mein Vorschlag verlangt Einrücken der Genossenschaften in die bestehende Produktion. **Man soll ihnen Land geben, das sonst doch kapitalistisch ausgebeutet würde**, wie die Pariser Kommune verlangte, die Arbeiter sollten die von den Fabrikanten stillgesetzten Fabriken genossenschaftlich betreiben. Das ist der große Unterschied. Und daß wir beim Uebergang in die kommunistische Wirtschaft den genossenschaftlichen Betrieb als Mittelstufe in ausgedehntem Maße werden anwenden müssen, daran haben Marx und ich nie gezweifelt. Nur muß die Sache so eingerichtet werden, daß die Gesellschaft, also zunächst der Staat, das Eigentum an den Produktionsmitteln behält und so die Sonderinteressen der Genossenschaft, gegenüber der Gesellschaft im ganzen, sich nicht festsetzen können. Daß das Reich keine Domäne hat, macht nichts aus.

[Es wäre] ein Fortschritt, wenn die Arbeitergenossenschaften direkt und im Namen aller Arbeiter mit dem Unternehmer wegen des Lohnvertrages unterhandeln könnten, aber die Kapitalisten kennen ihren Vorteil zu gut, um anders als gezwungen darauf anzubeißen . . . Es ist die alte Geschichte, in guten Geschäftszeiten zwingt die Nachfrage nach Arbeit die Herren zur Coulanz, in schlechten nutzen sie das Ueberangebot von Arbeit aus, um alle diese Konzessionen wieder wett zu machen. Im Ganzen aber wächst der Widerstand der Arbeiter mit ihren wachsenden Organisationen doch derart, daß die allgemeine Lage — der Durchschnitt — sich ein Geringes hebt, daß keine Krise die Arbeiter dauernd **unter** oder auch nur **auf** den Nullpunkt, den **niedrigsten** Punkt der vorherigen Krise wieder hinabdrückt. Was es aber werden wird, wenn wir einmal eine lange, chronische, 5 bis 6 Jahre umfassende, **allgemeine** Industriekrise erleben sollten, das ist schwer zu sagen.

Die Beschäftigung der überzähligen Arbeiter durch den Staat respektive die Gemeinden und die Verstaatlichung des Handels mit Lebensmitteln sind Punkte, die nach meiner Ansicht weiter gefaßt werden müßten als in Ihrem Brief. Der **Handel** nicht allein, auch die **Produktion** der im Lande selbst hergestellten Lebensmittel müßten da hineingezogen werden. Denn womit sonst wollen Sie die Ueberzähligen beschäftigen? Sie sind ja gerade überzählig, weil für diese Produkte kein Absatz da ist. Dann sind wir aber angekommen bei der Expropriation der Grundeigentümer und das ist schon ein gut Stück weiter, als der heutige deutsche oder österreichische Staat gehen würde. Und dann können wir beiden, dem einen noch dem anderen von beiden so etwas zutrauen. Wie es geht und was dabei herauskommt, wenn die Junker die Junker expropriieren sollen, das kann man hier in England sehen . . . Das ist gerade der wunde Punkt, daß, so lange die besitzenden Klassen am Ruder bleiben, jede Verstaatlichung nicht eine Abschaffung, sondern nur eine Formveränderung der Ausbeutung ist; in der französischen, amerikanischen, schweizerischen Republik nicht minder als im monarchistischen Zentral- und despotischen Osteuropa. Und um die besitzenden Klassen vom Ruder zu verdrängen, brauchen wir zuerst eine Umwälzung in den Köpfen der Arbeitermassen, wie sie sich jetzt allerdings relativ langsam vollzieht; und um diese zu Wege zu bringen, brauchen wir ein noch rascheres Tempo in der Umwälzung der Produktionsmethoden, mehr Maschinerie, mehr Arbeiterverdrängung, mehr Bauern- und Kleinbürger-Ruin,

mehr Handgreiflichkeit und Massenhaftigkeit der unvermeidlichen Resultate der Industrie.

In dem Maß wie diese ökonomische Umwälzung sich rascher und einschneidender vollzieht, in dem Maße werden sich auch Maßregeln mit Notwendigkeit aufdrängen, die anscheinend nur zur Abhilfe bestimmt, plötzlich in große und unerträglich gewachsene Uebelstände ausarten, in ihren Folgen die Wurzeln der bisherigen Produktionsweise annagen, und werden sich die Arbeitermassen vermittelst des allgemeinen Stimmrechts Gehör erzwingen. Welche Maßregeln da die ersten sein werden, das hängt von lokalen und zeitweiligen Verhältnissen ab, darüber läßt sich im voraus und allgemeinen nichts sagen. Das ist meine Ansicht. Wirklich befreiende Schritte werden erst dann möglich, wenn die ökonomische Umwälzung die große Masse der Arbeiter zum Bewußtsein ihrer Lage gebracht und ihnen damit den Weg zur politischen Herrschaft gebahnt hat. Die anderen Klassen können nur Stückwerk oder Scheinwerk machen. Und dieser Prozeß der Klärung der Arbeiterköpfe geht jetzt täglich rascher vor sich, und in 5 bis 10 Jahren werden die diversen Parlamente ganz anders aussehen.

Stellung der Sozialdemokratie im kommenden Weltkrieg. Pflicht der Verteidigung Deutschlands, da eine Niederlage Deutschlands eine Niederlage des Sozialismus bedeuten würde, weil damals die Sozialdemokratische Partei Deutschlands die Avantgarde des revolutionären Arbeiterheeres war. Hinweis auf die schiedliche Erledigung nationaler Differenzfragen und auf den möglichen Zeitpunkt der Revolution nach der Reife des Kapitalismus. Details über die Ausübung der Diktatur des Proletariats.

24. Oktober 1891.

Da ich es für nötig hielt, den Franzosen reinen Wein einzuschenken über unsere Lage, wenn es zum Krieg kommt . . . habe ich einen französischen Artikel geschrieben . . . Ich sage den Leuten, wir hätten die fast absolute Sicherheit, innerhalb 10 Jahren ans Ruder zu kommen; wir könnten nicht das Ruder ergreifen noch daran bleiben, ohne die Sünden unserer Vorgänger gegen andere Nationalitäten wieder gut zu machen, also 1. die Wiederherstellung Polens offen anzubahnen, 2. die Nordschleswiger und Elsaß-Lothringer in die Lage zu versetzen, frei über ihre Zugehörigkeit zu entscheiden. Eine elsäß-lothringische Frage existiert überhaupt nicht zwischen einem sozialistischen Frankreich und einem solchen Deutschland. Also liege überhaupt kein Grund vor zu einem Krieg wegen

Elsaß-Lothringen. Wenn aber dennoch die französische Bourgeoisie einen solchen anfangen und sich zu diesem Zweck in den Dienst des russischen Zaren stelle, der der Feind auch der **Bourgeois** ganz Westeuropas ist, so ist das die **Verleugnung** der revolutionären Mission Frankreichs. Dagegen haben wir deutschen Sozialisten, die wir, bei bewahrtem Frieden in 10 Jahren zur Herrschaft kommen, die Pflicht, diese von uns eroberte Position in der Avantgarde der Arbeiterbewegung zu behaupten, nicht nur gegen den inneren, auch gegen den äußeren Feind. Siegt Rußland, so werden wir erdrückt. Also drauf, wenn Rußland Krieg anfängt, drauf auf die Russen und ihre Bundesgenossen, **wer sie auch seien**. Dann haben wir dafür zu sorgen, daß der Krieg mit allen revolutionären Mitteln geführt und jede Regierung unmöglich gemacht wird, die sich weigert, diese Mittel anzuwenden, respektive im gegebenen Moment selbst an die Spitze zu treten. Wir haben das glorreiche Beispiel der Franzosen von 1793 noch nicht vergessen, und wenn man uns dazu zwingt, kann es kommen, daß wir das hundertjährige Jubiläum von 1793 feiern, indem wir zeigen, daß die deutschen Arbeiter von 1893 der Sansculotten von damals nicht unwürdig sind, und wenn dann französische Soldaten über unsere Grenzen kommen, so werden wir sie empfangen mit dem Ruf:

Quoi ces cohortes étrangères
Fuaient la loi dans nos foyers? (Marseillaise.)
Dies der allgemeine Gedankengang . . .

Die Berichte lassen mich sagen, ich hätte den Zusammenbruch der bürgerlichen Gesellschaft auf 1898 geweissagt. Da ist ein kleiner Irrtum irgendwo: Ich habe nur gesagt: bis 1898 könnten wir möglicherweise ans Ruder kommen. Die alte bürgerliche Gesellschaft könnte, falls dies **nicht** geschehen, noch einige Zeit fortvegetieren, so lange nicht ein äußerer Anstoß den morschen Kasten zusammenbrechen macht. So eine faule alte Kiste kann ein paar Jahrzehnte vorhalten nach ihrem wesentlichen inneren Tode, wenn die Luft ruhig bleibt. So etwas vorher zu sagen, würde ich mich also sehr in Acht nehmen. Dagegen unsere Ankunft bei der Möglichkeit der Herrschaft, das ist eine pure Wahrscheinlichkeitsrechnung nach mathematischen Gesetzen.

Ich hoffe bei alledem, es bleibt Friede. Wir stehen so, daß wir nicht vabanque zu spielen brauchen und dazu zwingt uns der Krieg. Und dann in zehn Jahren sind wir ganz anders disponiert. Voilà pourquoi.

Um die Produktionsmittel in Besitz und Betrieb zu nehmen, brauchen wir Leute, die technisch vorgebildet sind, und zwar in Massen. Diese haben wir nicht, wir sind sogar

bis jetzt ziemlich froh gewesen, daß wir von dem „gebildeten“ Volk größtenteils verschont blieben. Jetzt ist das anders. Jetzt sind wir stark genug, jedes Quantum gebildeten Quarks vertragen und verdauen zu können, und ich sehe voraus, daß wir in den nächsten 8 bis 10 Jahren hinreichend junge Techniker, Mediziner, Juristen und Schulmeister anwerben werden, um die Fabriken und großen Güter durch Parteigenossen für die Nation verwalten zu lassen. Dann ist unser Eintritt in die Macht naturgemäß und wickelt sich glatt ab — relativ. Kommen wir dagegen durch einen Krieg vorzeitig ans Ruder, so sind die Techniker unsere prinzipiellen Gegner, betrügen und verraten uns, wo sie können, wir müssen den Schrecken gegen sie anwenden und werden doch beschissen. Es ist den französischen Revolutionären im kleinen **stets** passiert. Sie mußten selbst in der gewöhnlichen Verwaltung die wirklich arbeitenden Unterposten mit den alten Reaktionären besetzt lassen und diese hemmten und lähmten alles. Daher hoffe und wünsche ich, unsere famose, sichere, mit der Ruhe und Unausbleiblichkeit eines Naturprozesses fortschreitende Entwicklung bleibt in ihrem naturgemäßen Geleise.

Die Juden in der Sozialdemokratischen Partei.

1. Dezember 1891.

(Es) ist sehr interessant und bezeichnend für die Lage, (daß sich eine neue Sorte von „Genossen“ meldet). Man merkt, daß wir ein „Faktor“ im Staat werden . . ., und da die Juden mehr Verstand haben als die übrigen Bourgeois, merken sie's zuerst — besonders unter dem Druck des Antisemitismus — und kommen uns zuerst. Kann uns nur angenehm sein, aber **weil** die Leute gescheiter sind und durch den jahrhundertelangen Durck aufs Strebertum sozusagen angewiesen und dressiert, muß man auch mehr aufpassen.

Sozialdemokratie und Börse.

24. Januar 1892.

Die Börse ist ein Institut, wo die Bourgeois nicht die Arbeiter, sondern sich **untereinander** ausbeuten. Der Mehrwert, der an die Börse die Hände wechselt, ist bereits **vorhandener** Mehrwert. Produkt **vergangener** Arbeiter-Ausbeutung. Erst wenn diese vollendet, kann er dem Börserschwindel dienen. Die Börse interessiert uns zunächst nur indirekt, wie auch ihr Einfluß in Rückwirkung auf die kapitalistische Arbeiter Exploitation und ein indirekter auf Umwegen erfolgreicher ist. Zu verlangen, daß die Arbeiter sich direkt interessieren und ent-

rüsten sollen für die Schinderei, die den Junkern, Fabrikanten und Kleinbürgern an der Börse passiert, heißt verlangen, die Arbeiter sollen die Waffen ergreifen, um ihre eigenen direkten Ausbeuter im Besitz des denselben Arbeitern abgezackten Mehrwerts zu schützen. Wir danken schönstens, aber als edelste Frucht der Bourgeoisgenossenschaft, als Herd der äußersten Korruption, als Treibhaus der Panama und anderer Skandäler — und daher auch als ausgezeichnetes Mittel zur Konzentration der Kapitale, zur Zersetzung und Auflösung der letzten Reste von naturwüchsigem Zusammenhang in der bürgerlichen Gesellschaft und gleichzeitig zur Vernichtung und Verkehrung in ihr Gegenteil, aller obligaten Moralbegriffe — als unvergleichlichstes Zerstörungselement, als mächtigste Beschleunigerin der hereinbrechenden Revolution — in diesem historischen Sinn interessiert uns die Börse auch direkt.

Tendenz der politischen Entwicklung in
Deutschland.

19. Februar 1892.

Die Dinge spitzen sich in der Tat in Deutschland zu. Es muß weit gekommen sein, wenn sich bei den Nationalliberalen wiederholt oppositionelle Gelüste zeigen und Richter von einer deutschen, großen liberalen Partei träumen kann. Die kapitalistische Gesellschaft, die sich den Staat noch nicht formell unterworfen hat, die die wirkliche Regierung einer monarchistisch-junkerlichen, erblichen Klasse überlassen und sich damit begnügen muß, daß im großen und ganzen doch ihre eigenen Interessen schließlich entscheiden, diese Gesellschaft, wie sie in Deutschland situiert ist, wackelt zwischen zwei Strömungen: einerseits der Allianz aller offiziellen und besitzenden Gesellschaftsschichten gegenüber dem Proletariat: Diese Strömung führt schließlich zur „einen reaktionären Masse“ und behält, bei ruhiger Entwicklung, schließlich die Oberhand. Andererseits besteht eine Strömung, die den alten, aus Feigheit unausgekämpften Konflikt immer wieder auf die Tagesordnung setzt, den Konflikt zwischen der Monarchie mit ihren absolutistischen Reminiszenzen, dem Grundadel, der Bürokratie, die sich über alle Parteien erhaben dünkt; und ihnen allen gegenüber; der industriellen Bourgeoisie, die täglich und stündlich in ihren materiellen Interessen durch diese überlebten Elemente geschädigt wird. Welche von diesen beiden Strömungen momentan die Oberhand behält, wird durch persönliche, lokale Zufälligkeiten bestimmt. In diesem Augenblick scheint die zweite in Deutschland zur Herrschaft kommen zu wollen, wobei dann natürlich die Industriekönige à la Stumm

und die Aktionäre industrieller Gesellschaften größtenteils auf Seiten der abgelebten Reaktion stehen. Sehr ernsthaft kann ja dieser nun zum xten Male wieder aufgewärmte Abklatsch des alten Konflikts von 1848 nur dann werden, wenn die Regierung und der Grundadel, auf ihre bisherigen Erfolge pochend, ganz tolle Dinge machen. Das halte ich aber nicht für unmöglich, da die kuriosen persönlichen Gelüste da oben Unterstützung finden in der steigenden Ueberzeugung der Junker, daß die Industrie die Rohstoff- und Lebensmittelzölle auf die Dauer **nicht tragen kann**. Wie weit dieser Konflikt getrieben wird, hängt, wie gesagt, von persönlichen Zufälligkeiten ab . . .

Ein bißchen unverfälschte Junkerherrschaft könnte gar nicht schaden. Aber ich fürchte nur, die Leute sind nicht stramm genug dafür. Gelüste genug, aber keine hinreichende Kraft. Der Geist ist willig, aber das Fleisch ist schwach. Das ist ja das Pech, daß bei uns beide Seiten, Junker und Bourgeois, so elend schlapp sind.

Hinweis auf den drohenden Weltkrieg und strategische Einzelheiten für den deutschen Aufmarsch, Kriegsführung mit revolutionären Mitteln und den folgenden Zusammenbruch der herrschenden Gewalten in Deutschland.

29. September 1892.

. . . Trotz der Hungersnot in Rußland kann den Regierenden der Zügel entgleiten und auf diesen Fall müssen wir vorbereitet sein. Ich werde sehen, was in Frankreich zu machen ist, die Leute müssen auf Verschiedenes aufmerksam gemacht werden, das muß aber **von Franzosen selbst** geschehen. Die Leute müssen einsehen, daß ein Krieg gegen Deutschland im Bund mit Rußland vor allem auch ein Krieg gegen die stärkste und schlagfertigste sozialdemokratische Partei in Europa ist, und daß uns nichts übrig bleibt, als mit aller Macht auf jeden Angreifer, der Rußland hilft, loszuschlagen. Denn entweder unterliegen wir, und dann ist die sozialistische Bewegung in Europa auf 20 Jahre kaput, oder wir kommen selbst ans Ruder, und dann gilt von den **Franzosen**, was die Marseillaise sagt: *Quoi ces cohortes étrangères fuaient la loi dans nos foyers?* Das jetzige System in Deutschland überlebt den Krieg keinesfalls, dazu braucht die Verteidigung zu gewaltige Anstrengungen, zu revolutionäre Mittel.

. . . Kommt es zum Krieg, so müssen wir allgemeine Volksbewaffnung fordern. Aber im Anschluß an die bereits bestehende resp. für den Kriegsfall vorbereitete Organisation. Also Einreihung der **bisher Ungeübten** in Ersatzreserve und

Landsturm und vor allem sofortige **notdürftige** Einübung neben der Bewaffnung und Einreihung in feste Cadres . . .

Jedenfalls müssen wir erklären, daß wir seit 1871 stets **bereit** waren zu friedlicher Verständigung mit Frankreich, daß sobald unsere Partei zur Herrschaft kommt, sie diese Herrschaft nicht ausüben kann, ohne daß Elsaß-Lothringen frei über seine Zukunft entscheidet; daß wir aber, wenn uns ein Krieg aufgezwungen wird, und zwar Krieg im Bund mit **Rußland**, darin einen Angriff auf unsere Existenz und uns mit allen Mitteln verteidigen müssen, alle Positionen benutzen, die uns zu Gebot stehn, also auch Metz und Straßburg..

Was die Kriegführung selbst angeht, so sind zwei Gesichtspunkte zunächst entscheidend: Rußland ist schwach im Angriff, aber enorm stark in der Verteidigung. Stoß ins Herz ist unmöglich. Frankreich ist stark im Angriff, aber nach ein paar Niederlagen zum Angriff unfähig gemacht, ungefährlich. Da ich auf Oesterreicher als Feldherrn und Italiener als Soldaten nicht viel gebe, wird unsere Armee den Hauptstoß führen und auszuhalten haben. Zurückhaltung der Russen, aber Niederwerfung der Franzosen, damit wird der Krieg anzufangen haben. Ist die französische Offensive unschädlich gemacht, kanns an die Eroberung Polens bis an Drina und Dnjeper gehn, eher schwerlich. Diese muß mit **revolutionären** Mitteln und wenn nötig unter Aufgabe eines Stückes Preußisch Polens und ganz Galiziens an das herzustellende Polen durchgeführt werden. Geht das gut, so wird in Frankreich wohl ein Umschlag erfolgen. Wir müssen gleichzeitig darauf dringen, daß den Franzosen mindestens Metz und Lothringen als Friedensgabe offeriert wird.

Wahrscheinlich aber geht's nicht so gut. Die Franzosen werden sich nicht so einfach niederwerfen lassen, ihre Armee ist **sehr gut** und besser bewaffnet als die unsere, und was bei uns an Feldherrntum geleistet wird, sieht mir auch nicht aus, als würde dabei viel herauskommen. Kurz, im günstigsten Fall wird's wahrscheinlich zu einem wechselvollen Kampf kommen, der unter Herbeiziehung stets neuer Verstärkungen von beiden Seiten geführt wird, bis zur Erschöpfung eines Teils oder zur aktiven Einmischung Englands, das den Teil, gegen den es sich entscheidet, Deutschland oder Frankreich, unter den gegebenen Bedingungen **aushungern** und zum Frieden zwingen kann, durch einfache Verhinderung der Kornzufuhr. Was unterdessen an der russischen Grenze geschieht, hängt größtenteils von der Kriegführung der Oesterreicher ab, ist also unberechenbar.

• Soviel scheint mir sicher: werden wir geschlagen, so ist dem Chauvinismus und Revanchekrieg in Europa Tür und Tor geöffnet auf Jahre hinaus — siegen wir, so kommt unsere

Partei ans Ruder. Der Sieg Deutschlands ist also der Sieg der Revolution, und wir müssen ihn, kommt's zum Krieg nicht nur wünschen, sondern mit allen Mitteln fördern.

Zustrom kleinbürgerlicher Elemente zur Partei.

3. Januar 1895.

Die stetig wachsende, unaufhaltsame Ausdehnung der Partei bringt es mit sich, daß die neuen Elemente schwerer zu verdauen sind als die früher zugeströmten. Die Arbeiter der Großstädte, also die intelligentesten und gewecktesten, haben wir ja schon, was jetzt kommt, sind entweder Arbeiter der Kleinstädte oder Landdistrikte, oder Studenten, Commis etc. oder mit dem Untergang ringende Kleinbürger und ländliche Hausindustrielle, die noch ein Stückchen Land zu eigen oder in Pacht haben und jetzt obendrein auch noch richtige Kleinbauern. Und da in der Tat unsere Partei die einzige wirklich fortschrittliche Partei ist, die einzige dazu, die stark genug ist auch Fortschritte zu erzwingen, so liegt die Versuchung nah, auch den rebellisch werdenden, verschuldeten Mittel- oder Großbauer ein bißchen mit Sozialismus zu bearbeiten, namentlich in solchen Gegenden, wo diese Leute auf dem Land vorherrschen. Dabei wird dann auch wohl über die Grenzen des unsere Partei prinzipiell Erlaubten hinausgegangen, das gibt dann einigen Krakehl, aber unsere Partei hat eine so gesunde Konstitution, daß das alles nichts schadet . . .

Jugend-Internationale

Kampforgan der Kommunistischen
Jugend-Internationale.

(Erscheint in mehreren Sprachen.)

Die „Jugend-Internationale“, während des Krieges das Organ Liebknechts, Lenins, Troztkis usw. enthält in jeder Nummer wertvolle Beiträge über politische, wirtschaftliche und kulturelle Fragen der Arbeiter- und Jugendbewegung. Bekannte Genossen und gute Künstler aller Länder zählen zu ihren Mitarbeitern. Keiner in der Bewegung des revolutionären Proletariats tätiger Genosse darf dem Bezug der „Jugend-Internationale“ versäumen.

Preis des monatlich erscheinenden Heftes 1,— M.

Bei Zusendung unter Kreuzband
vierteljährlich 3,— M. / halbjährlich 6,— M.

Als Ergänzung zu der „Jugend-Internationale“
erscheint monatlich dreimal die

Internationale Jugendkorrespondenz

in einer deutschen und französischen Ausgabe. Die I. J. K. bringt Beiträge über die Probleme, den Stand und die Tätigkeit der proletarischen Jugend-Bewegung und enthält die Mitteilungen des Exekutiv-Komitees an die der Jugend-Internationale angeschlossenen Verbände.

Einzelnummer 30 Pfennig / vierteljährlich 2,50 M.

Verlag der Jugend-Internationale, Berlin C 2, Stralauer Str. 12

Schriften der Jugend - Internationale.

Willy Münzenberg: Die sozialistische Jugendinternationale. Mit einem Vorwort von Klara Zetkin	2,— M.
Willy Münzenberg: Die proletarischen Jugendorganisationen vor und während des Krieges (240 Seiten)	4,50 „
Willy Münzenberg: Unser Programm	0,50 „
Edwin Hörnle: Sozialistische Jugenderziehung und sozialistische Jugendbewegung	1,50 „
Schatzkin, Moskau, und Lekal, Budapest: Die Aufgaben der kommunistischen Jugendorganisationen nach Uebernahme der Macht durch das Proletariat	1,50 „
Eugen Leviné: Aus seinen Schriften	3,— „
Bronski: Ein Jahr proletarischer Diktatur	0,40 „
Rosa Luxemburg: Briefe aus dem Gefängnis	6,50 „
Sinowjew: An die Arbeiter- und Bauernjugend!	0,50 „
Friedrich Engels: Politisches Vermächtnis (Aus unveröffentlichten Briefen)	3,— „
B. Ziegler: Was lehrt uns die russische Arbeiterjugend?	0,50 „
Dunajewski: Die Frage der sozialistischen Reorganisation der Arbeit	0,50 „
Die Jugendbewegung in Litauen—Weißrußland	1,50 „
Unterm roten Banner. Protokoll des 1. Kongresses der Kommunistischen Jugendinternationale in Berlin	4,— „
Bericht über die erste Sitzung des Büros	3,— „
Reißt die Grenzpfähle aus!	0,50 „
Die Soz. Proletarierjugend Deutschlands und die Kommunistische Jugendinternationale	0,50 „
Der Verband der sozialistischen Arbeiterjugend Oesterreichs und die Kommunistische Jugendinternationale	0,50 „
Ein Jahr kommunistische Jugendinternationale	0,50 „
Am Aufbau. Aufrufe, Entschließungen und Dokumente des E. K. der Kommunistischen Jugendinternationale, Heft 1	3,— „
Nichtwollen oder Nichtkönnen? Der Briefwechsel des E. K. mit der sozialistischen Arbeiterjugend Deutsch-Oesterreichs	3,— „

Verlag der Jugendinternationale, Berlin C2, Stralauer Straße 12.